

## **Ein Kongress gegen die zunehmende Ungleichheit – und für bessere Arbeitsbedingungen und Einkommen der Normalverdienenden**

„Kapital im 21. Jahrhundert“ heisst das jetzt endlich auch auf Deutsch erscheinende Schlüsselwerk des französischen Ökonomen Thomas Piketty über die Entwicklung des Kapitalismus im 20. Jahrhundert. Es hat weltweit hohe Wellen geworfen. Die langen Zahlenreihen führen zum ernüchternden Befund, dass die Ungleichheit der Einkommen - und Vermögen bald wieder so schlimm ist wie zum Ende des 19. Jahrhunderts. Piketty beschäftigt sich nicht spezifisch mit der Schweiz.

Das aber macht die rechtzeitig vor dem Kongress vom 23./24. Oktober 2014 veröffentlichte Analyse des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes zur Lage der Berufstätigen in der Schweiz. Die neue Publikation untersucht aufgrund der neuesten verfügbaren Zahlen des Bundesamtes für Statistik die Einkommensentwicklung der Haushalte der Normalverdienenden in der Schweiz.

Die Untersuchung zeigt, dass jeder und jede Berufstätige im Schnitt pro Jahr 170'000 Franken erwirtschaftet. Das ist so viel wie noch nie. Trotzdem sind die daraus resultierenden Einkommen und Einkommenszuwächse sehr ungleich verteilt.

Dazu kommen eine bedenklich gestiegene Stressbelastung für viele und eine zunehmende Arbeitsplatzunsicherheit. Bei der Erwerbslosigkeit stehen die deutschen Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern inzwischen besser da als die Schweiz. Viele Teilzeitbeschäftigte würden gerne mehr arbeiten wenn, sie könnten. Zunehmend schwieriger geworden ist in den letzten Jahren zudem die Lage älterer Arbeitnehmender.

Beim Lohn ist die grosse Mehrheit der Lohnabhängigen mit unteren und mittleren Einkommen stehen geblieben, während die hohen und noch mehr die höchsten Einkommen extrem zugelegt haben. Inzwischen gibt es mehr als 12'000 Personen mit einem Jahresgehalt von mehr als einer halben Million, über siebenmal mehr als vor dreissig Jahren. Bei den Lohnmillionären sind es sogar dreizehnmal mehr. Zwar ist es in der Schweiz im Unterschied zu anderen Ländern gelungen, das Absinken der tiefen Löhne zu verhindern. Dies dank den Mindestlohnkampagnen, den flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit und mehr Gesamtarbeitsverträgen. Schritt gehalten mit der wirtschaftlichen Entwicklung haben aber weder die tiefen noch die mittleren Löhne. Was gemeinsam erarbeitet wurde, haben einseitig jene mit hohen und die höchsten Einkommen in die eigene Tasche abgezweigt.

Verschärft wird der negative Befund durch die Entwicklung der Abgaben und Krankenkassenprämien. Statt dass die Steuerpolitik die auseinanderdriftenden Löhne korrigiert hätte, hat sie die Ungleichheit bei den Einkommen im Laufe der vergangenen Jahre noch verstärkt. Die Steuersenkungen der letzten Jahre haben einseitig die hohen und höchsten Einkommen entlastet. Dazu kommt die Belastung mit den Krankenkassenprämien, die sich bei den unteren und vor allem bei den mittleren Einkommen über das Kopfprämiensystem sehr negativ auswirkt. Weil die Prämienverbilligungen mit der Prämienentwicklung nicht Schritt gehalten haben und in verschiedenen Kantonen aufgrund von Sparprogrammen sogar gekürzt wurden, stehen viele Haushalte von Normalverdienenden einkommensmässig nicht besser da als vor zehn Jahren, obschon der erwirtschaftete Reichtum stark gestiegen ist.

Die immer grössere Ungleichheit bei den Einkommen und Vermögen ist die schlechte Nachricht. Die gute Nachricht ist, dass dagegen etwas getan werden kann. Bei den Löhnen steigert allein schon die Tatsache der gewerkschaftlichen Organisierung den Lohn. Die Arbeitgeber können dann mit ihren Belegschaften nicht machen, was sie wollen. Eine sehr wirksame Massnahme gegen die zunehmende Ungleichheit sind sodann Gesamtarbeitsverträge. Die Lohnentwicklung in Branchen mit Gesamtarbeitsverträgen ist regelmässig besser, als wenn der GAV fehlt und alles nur individuell geregelt ist.

Gute Gesamtarbeitsverträge sorgen auch bei der Arbeitszeit und bei der Vereinbarkeit für anständige Arbeitsbedingungen. Gesamtarbeitsverträge schützen im Übrigen nicht nur die Lohnabhängigen, sondern auch die anständigen Arbeitgeber in der Branche.

Einkommenspolitisch muss der fatale Trend zu Steuererleichterungen für hohe Einkommen gebrochen werden. Der wichtigste Testfall dafür ist die bevorstehende Unternehmenssteuerreform III. Die vorgesehenen massiven Steuersenkungen für Unternehmen, für die letztlich die normalen Steuerzahlenden bluten sollen, gehen verteilungspolitisch in die falsche Richtung. Auch Unternehmen beanspruchen die staatliche Infrastruktur und müssen dafür bezahlen wie alle anderen. Es darf nicht alles auf die natürlichen Personen abgewälzt werden.

Bei den Krankenkassenprämien braucht es endlich wieder eine deutliche Korrektur der schwer tragbar gewordenen Belastung für viele Haushalte. Nach der Abstimmung über die öffentliche Krankenkasse muss jetzt die soziale Korrektur der Prämienbelastung politisch wieder in den Vordergrund rücken.

Die Schweiz braucht eine wirtschaftspolitische Wende. Bei den Löhnen, aber auch bei den Steuern und vor allem bei den Krankenkassenprämien. Der Arbeitnehmerschutz muss gestärkt statt geschwächt werden. Schlüssel dafür sind mehr und bessere Gesamtarbeitsverträge und die Förderung ihrer Allgemeinverbindlichkeit. Der Arbeitnehmerschutz des Arbeitsgesetzes mit der Regelung der Arbeits- und Ruhezeiten muss angesichts der zunehmenden Stressbelastung durchgesetzt und durch Massnahmen zur Förderung der Vereinbarkeit ergänzt werden.

Auf jeden Fall verhindert werden muss ein Rückfall in die Zeit vor den bilateralen Verträgen mit der EU. Die Gewerkschaften bekämpfen jede neue Diskriminierung durch die Förderung von Kurzaufenthalten oder gar ein neues Saisonierstatut. Mit geregelten Beziehungen zur EU und einem guten Arbeitnehmerschutz ist den Interessen der Arbeitnehmenden am besten gedient. Weniger Ungleichheit ist wirtschaftspolitisch positiv, denn eine ausgeglichene Einkommensentwicklung begünstigt das Wachstum. Weniger Ungleichheit ist auch für die gesellschaftliche Entwicklung der Schweiz von entscheidender Bedeutung.

Denn eine auseinanderdriftende Einkommensentwicklung bedroht auf die Dauer den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Paul Rechsteiner, Präsident SGB.

SGB, 21.10.2014.

Personen > Rechsteiner Paul. Kapitalismus. Wirtschaftspolitik. 21.10.2014